

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Montag den 24. August 1931 Nummer 149

Streikbeschuß der Straßenbahner

4% + 2,5% Lohnraub! Ab November noch 4,5%! Wählt Streikleitungen, tretet überall in Streit!

In den gestrigen Verhandlungen vereinbarten die Arbeitgeberverbände mit den reformistischen und christlichen Boykott- und ungeheuerlichen Lohnraub gegen die Gemeindegewerkschaften. Danach sollen die Löhne ab 27. August um 4 Prozent verringert und der Frauenzuschlag ganz abgeschafft werden; das macht zusammen eine Kürzung von 6,5 Prozent aus. Diese Regelung soll bis 31. Oktober gelten. Vom 1. November ab erfolgt eine neue Kürzung der Löhne um weitere 4,5 Prozent! Zusammen mit der Lohnkürzung zu Anfang dieses Jahres, die bis 8 Prozent betrug und der Lohnkürzung durch Arbeitszeitverminderung von 48 auf 44 Stunden, was circa 9 Prozent weniger Lohn bedeutet, werden also den Gemeindegewerkschaften in diesem Jahre insgesamt 28 Prozent, mehr als ein Viertel des Lohnes geraubt. Dabei steigen die Preise, von der Bürgersteuer usw. schon gar nicht zu reden. Die Antwort der Gemeindegewerkschaften muß sein: Sofortige Stellungnahme, sofortige Streikbeschlüsse, Wahl von Streikleitungen, Eintritt in den Streit!

In der gestern vom Gesamtbetriebsrat einberufenen außerordentlich stark besuchten Straßenbahner-Versammlung in Dresden sprachen sich die Dresdner Straßenbahner gegen den Willen der arbeiterrätischen Boykott- einmütig für den Streit unter Führung der KPD aus, forderte die Bahnhöfe zur sofortigen Bildung von Streikleitungen auf und beschloß, eine förmliche zentrale Streikleitung zu wählen. Jetzt also sofort Streikbeschuß in den Bahnhöfen und Wahl der Streikleitungen! Die Straßenbahner sind der Solidarität der Volksmassen, aller Arbeiter, aller Erwerbslosen und des notleidenden Mittelstandes sicher. Heraus zum Streit!

In der Straßenbahner-Versammlung (ausführlicher Bericht siehe Seite 4) wurde einstimmig beschlossen:
Die Betriebsversammlung der Dresdner Straßenbahn-KAG am Sonntag dem 23. August im Regleheim nimmt Kenntnis von den Betriebsbeschränkungen, Entlassungen, Lohnabbau, wie sie die Direktion nach dem Bericht des Betriebsrates durchführen will. Die Betriebsversammlung erkennt, daß mit dieser Erklärung der Direktion die Notverordnung vom 5. Juli rechtlos auf die Gemeindegewerkschaften angewandt wird und daß sich dieser Angriff nicht nur gegen 100.000 Gemeindegewerkschaftler, sondern zugleich gegen Hunderttausende von Wohlfahrtsarbeitern und andere Schichten richtet. Es geht nicht nur um den Abbau der Löhne und Gehälter, sondern um die Zerstörung der letzten tariflichen Sicherungen und um die Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nach der Willkür der Unternehmerräte.
Die Bürokratie des Gesamtverbandes und der Christen schwindelte den Massen vor, Brünning sei bereit, die Notverordnung zu ändern. Damit wollte sie die Erregung der Arbeitermassen brechen.
Nichts von alledem trat ein. Kalt und brutal wird die Brüningregierung mit Unterstützung der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie den Lohnraub durchzuführen.
Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition fordert die Arbeiterkraft auf, den Angriff des Unternehmerrates loszulassen und sofort unter Führung der KPD in den Streit zu treten für nachstehende Forderungen:

1. Gegen jeden Lohn- und Gehaltsabbau.
2. Für 7-Stunden-Tag, 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.
3. Für Einstellung von Erwerbslosen entsprechend der Arbeitsverflechtung.
4. Vermeidung der Heberhöfen der Dresdner Straßenbahn KAG für Weiterbeschäftigung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten ohne Lohn- und Gehaltskürzung.
5. Abbau der Direktion und der oberen Beamtenstellen.
6. Für Festlegung der Gehälter auf höchstens 500 RM pro Monat.
7. Herabsetzung der Fahrpreise sowie Steigerung des Verkehrs und damit Erhöhung der Einnahmen.

Die Betriebsversammlung beschließt zur Durchführung dieser Forderungen eine zentrale Streikleitung von mindestens 30 Delegierten zu wählen.
Auf allen Bahnhöfen sind in Betriebsversammlungen so-

Streikbeschlüsse: Ist diese monatlich 2,50 RM (außer im Sommer), durch die Zeit 1,50 RM (ohne Zuschläge). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt behält sich Redaktion auf Wahrung der Rechte über die Fortsetzung des Streikbeschlusses.

Beleg: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. Geschäftsstelle und Redaktion: Schleierstraße 2, Dresden; 17. August: 17.00 Uhr, Geschäftsstelle: Dresden 18.000. Geschäftszeiten: Montag 11-13 Uhr, abg. Geschäftsstelle, Mittwoch 11-13 Uhr, abg. Geschäftsstelle, Freitag 11-13 Uhr, abg. Geschäftsstelle.

Sie wollen 190 Millionen aus den Gemeindegewerkschaften pressen

Dresden, 24. August.
Nach einwöchiger Verhandlung haben die Bürokraten der reformistischen Gewerkschaften mit dem Arbeitgeberverband der kommunalen und öffentlichen Betriebe den Lohnabbau für die Gemeindegewerkschaften vereinbart. Vorgesehen sind 4,5 Prozent Kürzung und Beseitigung des Frauenzuschlags von der 3. Augustwoche ab. Das ist 6,5 Prozent Lohnabbau sofort und 4,5 Prozent weitere Lohnsenkung ab 1. November. Somit ist eine Lohnsenkung von rund 11 Prozent vereinbart, die insgesamt den Gemeindegewerkschaften etwa 80 Millionen Mark Jahresverdienst raubt.
Das ist aber nicht die alleinige Schmälerung des Einkommens der Gemeindegewerkschaften, welche die Gewerkschaftsverbände auf dem Kerbhölz haben. Bereits am Jahresbeginn haben die Gemeindegewerkschaften eine Lohnsenkung bis zu 8 Prozent erlitten. Dazu kommt noch der Lohnraub durch Arbeitszeitverminderung in diesen Gemeinden, die bekanntlich in Dresden 4 Stunden beträgt und eine Lohnsenkung von rund 8 Prozent bedeutet. So sind insgesamt 27 Prozent der Gemeindegewerkschaften bis zum 1. November gekürzt, insgesamt etwa 190 Millionen Mark für das Jahr 1931. In der Tat, eine grausige Bilanz reformistischer „Erfolge“.

Das Ausmaß des reformistischen Lohnraubprogramms ist aber damit noch nicht voll gemindert. Es ist außer diesem direkten Lohnraub noch die massenhafte Entlassung von Gemeindegewerkschaftlern zu erwarten.

fort örtliche Streikleitungen zu wählen. Die Betriebsversammlung der Straßenbahner gestellten u. Beamten auf, sich dem Vorgehen anzuschließen, fordert die übrigen Gemeindegewerkschaften, Arbeiter und überall gegen den erneuten Vorstoß des Unternehmertums, der unter dem Deckmantel der „nationalen Selbsthilfe“ erfolgt, ebenfalls den Streit zu beschließen.

Neue einschneidende Notverordnung!

Ämtliche Bekanntmachung Brünings / „Einschneidende Sparmaßnahmen“ in Ländern und Gemeinden „Das bestehende Landesrecht“ wird diktatorisch beiseite geschoben

Die Brüning-Regierung erklärt heute amtlich, daß sie über die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden ein „umfassendes Sparprogramm“ herbeiführen wird. Wörtlich heißt es in der amtlichen Mitteilung: „Insbesondere gilt es, die Landesregierungen schon jetzt in den Stand zu setzen, einschneidende Sparmaßnahmen für sich und die Gemeinden durchzuführen, ohne dabei durch bestehendes Landesrecht etwa in wesentlichen Punkten behindert zu werden.“

Das Reichskabinett hat daher in der Sonnabend-Sitzung beschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten den Erlass einer Verordnung zur Sicherung der Haushalte vorzuschlagen, durch welche die Landesregierungen ermächtigt werden, alle Maßnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden erforderlich sind, im Verordnungswege vorzuschreiben und dabei von dem bestehenden Landesrecht abzuweichen.
Die Landesregierungen können insbesondere bestimmen, daß und in welcher Weise die Personalausgaben und andere Ausgaben der Länder und Gemeinden herabgesetzt werden ...

Die ganze Tragweite dieser neuen Diktatorverordnung ist klar: 1. Die „einschneidenden Sparmaßnahmen“ bedeuten die Kürzungen der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Land und Gemeinden, weitere Kürzungen der Unterhaltungen für die Fürsorgeeinrichtungen, Schließung von Krankenhäusern, Zusammenpflanzung der Kinder in weniger Schulzimmern, Einstellung von Bauern, neue Massenentlassungen — kurz: Elend, noch Hunger für Volk.
2. Die ausdrückliche Ermächtigung, „vom bestehenden Landesrecht abzuweichen“, bedeutet noch offener Diktator und kennzeichnet die fortschreitende Durchführung der faschistischen Diktatur durch Brüning-Schick-Verfahren.

Das alles wird getätigt in erster Linie von der SPD sowie auch von der Nazi-Partei. Nur die KPD kämpft mit den Massen für die Massen. Darum eben die Hege gegen diese einsige Partei des Volkes.
Sofortige Stellungnahme in allen Betrieben, Stempelstellen, Büros ist das Gebot der Stunde!

Pleite der Dresdner Polizeiaktion

SPD-Blatt gesteht verlegen: „Mageres Ergebnis“ / Verfahren gegen Gen. Selbmann

Das Dresdner Polizeipräsidium macht Mitteilungen über eine einjährige Pleite. Das Ergebnis ist in allgemeiner Worten von „hochverräterischen Treibern“, von der „Stellung“ von 2000 Stück beschlagnahmten Rasierapparatplatten, von Zeitschriften und einem „Sonderpressdienst“. Das ist so ziemlich alles, mit dem das Präsidium den Erlass eines richterlichen Haftbefehls gegen die 13 verhafteten Arbeiter zu erfüllen, sich abmüht. Kennzeichnend ist, daß die Dresdner Volkzeitung, dieses schändliche Kontroversenorgan, heute am Sonntag verlegen einen Artikel bringt, betitelt: „Wozu das Geschrei? Mageres Ergebnis der Polizeiaktion gegen die KPD.“

In diesem Artikel des SPD-Blattes heißt es wörtlich:
Wir müssen schon sagen, daß das hier von der Polizei mitgeteilte Ergebnis recht mager ist, denn der erste Polizeibericht ließ die Vermutung aufkommen, als ob von der KPD besondere Aktionen geplant gewesen seien. Es wäre gut, wenn die Polizei ihre Nachforschungen mit demselben Eifer wie gegen die Kommunisten auch (!!!) bei den rechts-

radikalen Organisationen, besonders bei den Nationalsozialisten entfalten würde.
Das SPD-Blatt bittet die Polizei um Hauptaufklärung „auch (!!!) bei den ... Nationalsozialisten“ — eine Heuchelei, durch die die Empörung der SPD-Arbeiter gegen den Terror aufzulösen und zu neuen Aktionen gegen die KPD ermuntert werden soll.

Inzwischen hat denn auch die Dresdner Staatsanwaltschaft wegen Verletzung von Wahlzettel zum 1. Mai auf dem Parteihaus der KPD gegen den Gewerkschaftler Selbmann, den die Staatsanwaltschaft als verantwortlich bezeichnet, ein Strafverfahren eingeleitet und die Aufhebung seiner Immunität im Preußischen Landtag beantragt.

Nach überall entwichene Arbeiterbeschlüsse gegen die Verbote und Verbote der Hauspreise, die die Hege zur Ablenkung der Massen von der Hungerfrage braucht. Werbt der Arbeiterstimme und das Volksecho.

Zusammenstöße in Aue

Die bürokratische Telegraphen-Union, Sachverständigenrat, meldet: Aue, 22. August 1931. Im Rückblick an die vom Streik auslösende Opposition einberufene Versammlung verurteilten etwa 200 Mann geschlossen vor das Stadthaus zu ziehen. Die Polizei riegelte die zum Stadthaus führende Goethestraße ab und ließ die Demonstranten auf, auseinanderzuziehen. Da die Demonstranten dieser Aufforderung nicht nachkamen, vielmehr verblieben, die Polizeistärke zu durchbrechen, machte die Polizei vom Gummiknüppel Gebrauch und schließlich die Schußwaffen fertig machen. Es gab auf Seiten der Polizei und der Demonstranten mehrere Verletzte. Einige Rädelsführer wurden verhaftet. Nachdem Polizeierkennung auch aus Zwickau einbestellt war, wurde die Räumung des Marktes und der anschließenden Straßen vorgenommen, wobei ebenfalls noch einige Verhaftungen erfolgten.